

Entspannung, Sicherheit, Frieden. Innerparteilicher Willensbildungsprozess und liberales Selbstverständnis der FDP im „Zweiten Kalten Krieg“

„Das Wichtigste ist der Frieden. Die Herausforderung der Zukunft.“¹ Diesen Slogan erhob die Freie Demokratische Partei zu einem ihrer zentralen Programmpunkte für die Bundestagswahlen 1980. Frieden als „unabdingbare Voraussetzung für ein Leben in Freiheit und Menschenwürde“ konnte demnach nur durch eine dezidiert liberale Außenpolitik verwirklicht und erhalten werden, die erstens die Integration der Bundesrepublik Deutschland in die Europäische Gemeinschaft, zweitens die verteidigungspolitische Einbindung in die NATO, drittens die Entspannungspolitik gegenüber der Sowjetunion und den staatssozialistischen Ländern Osteuropas sowie viertens eine verantwortungsvolle Entwicklungspolitik für die „Dritte Welt“ umfasste. Stolz verwies die Partei darauf, dass sie als einzige unter den bundesdeutschen Parteien sowohl die Westbindung in der Ära Adenauer als auch die Ostpolitik der Regierung Brandt von Beginn an in Regierungsverantwortung mitgetragen hatte.

In der Tat konnte die FDP gemeinsam mit ihrem Koalitionspartner im Jahr 1980 einerseits auf wichtige entspannungspolitische Erfolge verweisen: den Grundlagenvertrag mit der DDR, die Ostverträge mit Moskau, Warschau und Prag, die Aufnahme in die Vereinten Nationen sowie die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE), deren Schlussakte 1975 in Helsinki verabschiedet worden war. Andererseits trübte sich das weltpolitische Klima seit Mitte der siebziger Jahre schrittweise, aber unübersehbar ein. In diese, von vielen Zeitgenossen als „Zweiter Kalter Krieg“² wahrgenommene Phase fielen die Verabschiedung des NATO-Doppelbeschlusses, der sowjetische Einmarsch in Afghanistan, die Nichtratifizierung des SALT

- 1 Wahlprogramm zur Bundestagswahl 1980 der FDP: „Unser Land soll auch morgen liberal sein“, beschlossen auf dem Bundesparteitag in Freiburg am 7.6.1980. In: Archiv des Liberalismus, Gummersbach (ADL), Druckschriftenbestand; Signatur D1-242, archiviert als PDF-Dokument; Signatur IN5-93, S. 7 f.; nachfolgendes Zitat ebd.
- 2 Zum Begriff des „Zweiten Kalten Krieges“ vgl. Agnes Bresselau von Bressensdorf: Frieden durch Kommunikation. Das System Genscher und die Entspannungspolitik im Zweiten Kalten Krieg, 1979-1982/83. München/Boston 2015, S. 2f.; Gottfried Niedhart: Der Ost-West-Konflikt. Konfrontation im Kalten Krieg und Stufen der Eskalation. In: Archiv für Sozialgeschichte 50 (2010), S. 557-594, hier S. 588.

II-Vertrags durch den amerikanischen Senat, die Verhängung des Kriegsrechts in Polen sowie der Beschluss der NATO-Partner zur Stationierung nuklearer Mittelstreckenraketen in Europa. Für die seit 1974 amtierende Regierung Schmidt/Genscher bedeutete Entspannungspolitik daher von Beginn an eine spezifische Form des internationalen Krisenmanagements, der Deeskalation durch Kommunikation.³ Nach diesem Verständnis von Entspannung, die der Bundesaußenminister als dezidiert „realistisch“ apostrophierte, entfaltete ein kontinuierlicher Kommunikationsprozess über den Eisernen Vorhang hinweg in ruhigen Phasen der Weltpolitik dynamisierende, in internationalen Krisenzeiten hingegen deeskalierende Wirkung. Für Genscher war Entspannung daher „nicht Zustand, sondern Prozess, [...] nicht Abwesenheit von Spannung, sondern Bemühung, die Ost-West-Spannung unter Kontrolle zu halten und wo immer möglich zu verringern“.⁴

Im „Zweiten Kalten Krieg“ zwischen 1979 und 1983 wurde das Selbstverständnis der FDP als Partei des Friedens und Taktgeberin liberaler Außenpolitik einer mehrfachen Belastungsprobe unterzogen. Dies soll im Folgenden an drei zentralen Konfliktfeldern herausgearbeitet werden: Erstens stellte sich die Frage, wie die seit Sommer 1980 von weiten Bevölkerungsteilen getragenen Massenproteste in Polen für eine gesellschaftliche und politische Liberalisierung unterstützt werden konnten, ohne einen Einmarsch sowjetischer Truppen zu provozieren und der Entspannungspolitik damit den Todesstoß zu versetzen. Zweitens führten die kontroversen Debatten um den NATO-Doppelbeschluss nicht nur zu Auseinandersetzungen um die richtige sicherheitspolitische Strategie der Koalition und die Wahrung des friedenspolitischen Anspruchs der FDP, sondern auch zu einer innerparteilichen Grundsatzdebatte, inwiefern der Bundesvorsitzende den Bedenken seiner Partei Rechnung tragen musste bzw. inwieweit diese den Vorgaben des Außenministers solidarisch zu folgen hatte. Drittens untergrub die Entstehung der Friedensbewegung, die 1983 zum Einzug der GRÜNEN in den Bundestag beitrug, nicht nur den Führungsanspruch der FDP als Friedenspartei und zwang sie, über ihren eigenen Friedensbegriff zu reflektieren, sondern beraubte sie auch ihres bisherigen Monopols als „Kanzlermacher“ im Dreiparteiensystem der Bundesrepublik. Der „Zweite Kalte Krieg“, der zum Ende der sozial-liberalen Koalition beitrug, war daher für die FDP – wie noch zu zeigen sein wird – nicht zuletzt eine Phase des innerparteilichen Selbstverständigungsdiskurses. Da quellengestützte Arbeiten hierzu nach wie vor feh-

3 Vgl. zum Folgenden Bresselau von Bressendorf: Frieden durch Kommunikation (wie Anm. 2), S. 83-98.

4 Hans-Dietrich Genscher: Die zentralen Aufgaben der deutschen Außenpolitik. In: Ders. (Hrsg.): Liberale in der Verantwortung. München 1976, S. 9-28, hier S. 16 f.

len,⁵ versteht sich der Beitrag vor allem auch als Anregung und Impulsgeber für weitere Forschungsprojekte zur Geschichte der FDP in den 1970er und 1980er Jahren.

I.

Ausgangspunkt der Unruhen in Polen in den Jahren 1956, 1968, 1970 und 1976 war stets die Unzufriedenheit weiter Bevölkerungsteile mit der wirtschaftlichen und sozialen Lage des Landes. So war es auch im Juli 1980, als sich nach Bekanntgabe einer weiteren drastischen Erhöhung der Lebensmittelpreise, ausgehend von der Danziger Lenin-Werft, Proteste, Massenstreiks und Demonstrationen rasch über weite Teile des Landes ausbreiteten.⁶ Mitte August bildete sich schließlich unter Führung Lech Wałęsas ein Überbetriebliches Streikkomitee, das der Regierung einen Katalog mit 21 Punkten vorlegte. An erster Stelle stand dabei die Forderung nach Zulassung freier Gewerkschaften, allgemeinem Streikrecht sowie voller Meinungsfreiheit in Wort und Schrift. Die ursprünglich sozialen Proteste erhielten damit eine spezifisch politische Dimension, forderte die Streikbewegung auf diese Weise doch das Macht- und Meinungsmonopol der regierenden Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (PVAP) heraus.

Um eine gewaltsame Niederschlagung der Proteste und eine Eskalation der Lage zu vermeiden, begann die Regierung – vermittelt über die katholische Kirche – Gespräche mit Wałęsa und unterzeichnete am 31. August 1980 ein Kompromisspapier. In diesem berühmten „Danziger Abkommen“ erklärte Edward Gierek, Erster Sekretär der PVAP, die Zulassung freier Gewerkschaften für rechtens und garantierte ein allgemeines Streikrecht, woraufhin sich im Dezember 1980 die „Unabhängige und sich selbst verwaltemde Gewerkschaft Solidarność“ gründete.⁷ Wałęsa hatte im Gegenzug zugesagt, die Streiks in den Betrieben zu beenden und die Arbeit wieder aufzu-

5 Skizzenhafte Abrisse zur FDP in der Nachrüstungskontroverse finden sich bei Andreas Rödder: Bündnissolidarität und Rüstungskontrollpolitik. Die Regierung Kohl-Genscher, der NATO-Doppelbeschluss und die Innenseite der Außenpolitik. In: Philipp Gassert/Tim Geiger/Hermann Wentker (Hrsg.): Zweiter Kalter Krieg und Friedensbewegung. Der NATO-Doppelbeschluss in deutsch-deutscher und internationaler Perspektive. München 2011, S. 123-136, und Jan Hansen: Parteien. In: Christoph Becker-Schaum/Philipp Gassert/Martin Klimke (Hrsg.): „Entrüstet Euch!“ Nuklearkrise, NATO-Doppelbeschluss und Friedensbewegung. Paderborn u.a. 2012, S. 103-117.

6 Vgl. zum Folgenden die Beiträge von Andrezej Friszke und Krzysztof Ruchniewicz, in: Dieter Bingen/Krzysztof Ruchniewicz (Hrsg.): Länderbericht Polen. Geschichte, Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Kultur. Bonn 2009, und Włodzimierz Borodziej: Geschichte Polens im 20. Jahrhundert. München 2010, S. 340-382.

7 Vgl. u.a. Roman P. Smolorz: Die freie sich selbst verwaltemde Gewerkschaft „Solidarność“. In: Deutsche Studien 35 (1998), S. 225-248.

nehmen. Der historische Kompromiss von Danzig erwies sich allerdings als nur bedingt tragfähig. Nach wechselnden Phasen der Eskalation und Deeskalation spitzte sich die Lage Ende 1981 ein weiteres Mal zu. Am 13. Dezember beschloss General Wojciech Jaruzelski, der zugleich die Ämter des Premier- und Verteidigungsministers innehatte, die Verhängung des Ausnahmezustands, der erst 1983 wieder aufgehoben werden sollte.

Die Bundesregierung stand seit Ausbruch der Krise im Sommer 1980 vor einem veritablen Dilemma: Einerseits wurden die Liberalisierungs- und Demokratisierungsbestrebungen der polnischen Bevölkerung und die Gründung der *Solidarność* als Erfolg der sozial-liberalen Entspannungspolitik zweifelsohne begrüßt. Der Gedanke vom Prozesscharakter der Geschichte, der – vermittelt über den KSZE-Prozess – eine schrittweise Liberalisierung der osteuropäischen Gesellschaften nach sich ziehen würde, der in der Schlussakte verbriefte Einsatz für das Selbstbestimmungsrecht des Volkes, für Bürger- und Menschenrechte schienen sich hier vor den Augen der Welt Bahn zu brechen.⁸ Dieser Erfolgsgeschichte der KSZE, die Genscher so vehement befürwortete, stand vor dem Hintergrund der weltpolitischen Gesamtlage andererseits die Sorge der Bundesregierung vor einer weiteren Verschlechterung der angespannten Ost-West-Beziehungen gegenüber, hatte sich mit der Entwicklung in Polen das Gravitationszentrum des „Zweiten Kalten Krieges“ doch vom weit entfernten Afghanistan mitten ins Herz Europas verschoben.

Vornehmstes Ziel bildete für Genscher in seiner Funktion als Bundesaußenminister daher zunächst die Verhinderung einer gewaltsamen Eskalation. Ein Einmarsch sowjetischer Truppen, wie er nur wenige Monate zuvor in Afghanistan stattgefunden hatte, hätte der Entspannungspolitik vermutlich ein Ende bereitet. Gemeinsam mit den Partnern in Europäischer Gemeinschaft und NATO machte sich Genscher für ökonomische Hilfsleistungen an Polen und die finanzielle Entlastung der polnischen Regierung stark, um den drohenden wirtschaftlichen Kollaps und eine damit möglicherweise einhergehende Zuspitzung der Protestbewegung unter Kontrolle halten zu können. Dies verband er mit einer intensiven Gesprächsdiplomatie gegenüber Warschau, um durch den engen persönlichen Austausch auf Regierungsebene Vertrauen in die Zuverlässigkeit bundesdeutscher Politik zu generieren und mäßigend auf Warschau einzuwirken.

Bemerkenswert offen berichtete die polnische Führung in den Gesprächen mit Genscher über die desolante wirtschaftliche Lage und den Kreditbedarf des Landes – ein deutliches Alarmzeichen dafür, wie katastrophal es um die Ökonomie des Landes bestellt war, aber auch ein Hinweis auf das Geschick

8 Vgl. Protokoll der 2. Sitzung des Auswärtigen Ausschusses vom 17.12.1980. In: Parlamentsarchiv des Deutschen Bundestages (BT ParlA), 9. Wahlperiode, Auswärtiger Ausschuss, S. 60f.

Genschers, zur persönlichen Vertrauensbildung beizutragen.⁹ So diskutierte er mit dem polnischen Außenministerium offen über die Wahrscheinlichkeit eines sowjetischen Einmarsches, den beide als existenzielle Bedrohung wahrnahmen, wenngleich die Zugehörigkeit Polens zum Warschauer Pakt von beiden Seiten zu keinem Zeitpunkt in Frage gestellt wurde. In nahezu freundschaftlicher Atmosphäre erinnerten Genschers und sein polnischer Amtskollege Józef Czyrek an die schrecklichen Erfahrungen beider Völker im Zweiten Weltkrieg und die daraus resultierende Verantwortung beider Staaten für den Frieden in Europa. Statt sich in eine historische Täter-Opfer-Diskussion zu verwickeln, betonten sie das gemeinsame deutsch-polnische Interesse an einer gewaltlosen Deeskalation der Lage.¹⁰ Dem Auswärtigen Ausschuss berichtete Genschers am 1. April 1981 von einem dieser Gespräche:

„Die Art, wie man die wirtschaftlichen Anliegen vorgetragen hat, war mit sehr viel Würde verbunden. Trotzdem habe ich mich gefragt, ob es einem Polen nicht sehr schwerfallen muss, gerade einem deutschen Außenminister das so sagen zu müssen. [...] Ich bin der Überzeugung, dass unsere Haltung in diesen für Polen sehr schwierigen Monaten nicht nur der Stabilisierung der Lage dient, sondern darüber hinaus vielleicht sozusagen den Schlussstein unter das setzt, was wir uns alle vorgenommen haben, nämlich die Versöhnung zwischen Deutschen und Polen. [...] Sie wissen, ich bin ein sehr realistischer und nüchterner Mensch. Aber wenn ich Ihnen sage, dass ich nie so innerlich angerührt von einer Reise zurückgekommen bin, dann nehmen Sie mir das bitte ab, dass ich heute noch gefühlsmäßig tief berührt bin von der Art, wie man mir dort gegenübergetreten ist.“¹¹

Bezeichnend für das entspannungspolitische Verständnis Genschers ist die Tatsache, dass seine Kommunikationsbemühungen bei einer Zuspitzung der Lage nicht abnehmen, sondern exponentiell anstiegen. Und so setzte der Bundesaußenminister seine charakteristische Kommunikationsstrategie auch nach der Verhängung des Kriegsrechts am 13. Dezember 1981 unvermindert fort. An den neuen stellvertretenden polnischen Ministerpräsidenten Mieczysław Rakowski, der bereits zweieinhalb Wochen später im Auswärtigen Amt zu Besuch war, appellierte er, den Ausnahmezustand schnellstmöglich aufzuheben, die Gefangenen und Internierten freizulassen und den nationalen Dialog mit Solidarność und der Kirche wiederaufzunehmen – Forde-

9 Vgl. dazu und zum Folgenden Bresselau von Bressensdorf: Frieden durch Kommunikation (wie Anm. 2), S. 228-234.

10 Vgl. u. a. Aufzeichnung des Ref. 214 des Auswärtigen Amtes vom 03.06.1980, Betr.: Gespräch des polnischen Botschafters Chylinski mit dem Bundesminister am 03.06.1980. In: Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes, Berlin (PA-AA), B 43, Ref. 221 (ZA), Bd. 116936.

11 Protokoll der 7. Sitzung des Auswärtigen Ausschusses vom 01.04.1981. In: BT ParlA, 9. Wahlperiode, Auswärtiger Ausschuss, S. 25 f.

rungen, die zur Richtschnur der westeuropäischen und transatlantischen Polenpolitik wurden.¹² Das Fenster deutsch-polnischer Versöhnungspolitik unter entspannungspolitischen Vorzeichen sollte sich erst vorübergehend schließen, als mit dem Einzug Helmut Kohls ins Kanzleramt 1982 in Warschau alte Bedrohungsängste ihre Renaissance erlebten.

Der Kurs Genschers stieß allerdings von verschiedenen Seiten auf erhebliche Kritik. Zum einen rückten die Unionsparteien in der Öffentlichkeit die Frage in den Vordergrund, ob es moralisch vertretbar sei, dass die Bundesregierung ein bankrottetes Regime durch Wirtschaftshilfe und Kreditabkommen an der Macht hielt, während eine direkte finanzielle Unterstützung der *Solidarność* unterblieb. Dieser Vorwurf der Kollaboration war für Genscher wie auch für Bundeskanzler Schmidt angesichts ihres nachdrücklichen Einsatzes für wirtschaftliche Hilfsmaßnahmen an Polen schwer zu entkräften.¹³ Zum anderen war die Position Genschers auch innerhalb der FDP nicht gänzlich unumstritten. So hatte der stellvertretende Vorsitzende des außenpolitischen Arbeitskreises der FDP-Fraktion, Guido Brunner, bereits in einer Sitzung des Auswärtigen Ausschusses am 17. Dezember 1980 relativ skeptisch eingewandt, die von Genscher eingeschlagene Strategie der Zurückhaltung setze implizit voraus, dass die dauerhafte Duldung einer politischen Opposition durch Warschau und Moskau vorstellbar sei. Aber „wird das möglich sein, ist ein solcher Grad des Wandels innerhalb eines solchen Systems denkbar?“¹⁴ Diese grundsätzliche Frage nach der Reformierbarkeit eines sozialistischen Systems ließ Genscher weitestgehend unbeantwortet, stimmte aber generell zu, dass der derzeitige Reformprozess in seiner Nachhaltigkeit nicht mit den Unruhen von 1953, 1956 und 1968 vergleichbar sei. „Das ist dieses Mal ein übergreifender Prozess, auch wenn das zunehmend zunächst [sic!] überhaupt nicht in dieser Form deutlich wird. In der Tat liegt da ein Unsicherheitsfaktor.“¹⁵ Im Vordergrund stand für den Bundesaußenminister, das Demokratisierungspotenzial Polens unter Beibehaltung seiner sozialistischen Gesellschaftsform auszuloten und den bundesdeutschen Handlungsspielraum zur Beeinflussung dieser Entwicklung zu eruieren. Gewaltfrei konnte letztere seiner Meinung nach nicht durch eine Revolution von unten, sondern nur durch einen Reformprozess von oben stattfinden, wie er in einem Artikel in der Zeitschrift „Außenpolitik“ 1982 erneut hervorhob:

12 Vgl. Aufzeichnung des Ref. 105 des Auswärtigen Amts vom 30.12.1981, Betr.: Vieraugen-gespräch des Bundesministers mit dem stv. Ministerpräsidenten der VR Polen, Rakowski, am 30.12.1981. In: PA-AA, B 41, Ref. 213 (ZA), Bd. 133222.

13 Vgl. Bresselau von Bressendorf: Frieden durch Kommunikation (wie Anm. 2), S. 266 f.

14 Protokoll der 2. Sitzung des Auswärtigen Ausschusses vom 17.12.1980. In: BT ParlA, 9. Wahlperiode, Auswärtiger Ausschuss, S. 26.

15 Ebd., S. 51.

„Von ihrem Ideal der Freiheit her und vom Ziel der Friedenssicherung in Europa her gesehen, können und dürfen die westlichen Demokratien zu der Unterdrückung der Freiheit in Mittel- und Osteuropa nicht schweigen, sie müssen auch hier Verwirklichung der Menschenrechte und des Selbstbestimmungsrechts fordern. Aber sie müssen auf einen *evolutionären* Wandel des sowjetischen Herrschaftssystems hinwirken.“¹⁶

Wie gefährlich dieser Balanceakt eingeschätzt wurde, zeigt die Äußerung des ostpolitischen Experten der FDP im Planungsstab des Auswärtigen Amts, Wolfgang Schollwer, in einer Sitzung des außenpolitischen Bundesfachausschusses im April 1981. Die wachsende politische Instabilität des sowjetischen Herrschaftsgebiets und die Erosionserscheinungen an seinen „Rändern“ stellten seiner Meinung nach eine ernstzunehmende Gefahr für den Frieden dar. „Der Niedergang eines Imperiums vollzieht sich nicht ohne tiefe Erschütterungen in der gesamten Weltpolitik.“¹⁷ Zugespitzt formuliert, betrachtete Schollwer zu diesem Zeitpunkt – für Liberale durchaus nicht zwangsläufig – einen möglichen Kollaps des Kommunismus also nicht in erster Linie als Sieg von Freiheit und Demokratie westlicher Prägung, sondern als Gefahr für die Sicherheit Westeuropas und den Frieden in der Welt.¹⁸ Dem lag ein „negativer“ Friedensbegriff (Johan Galtung) zugrunde, der Frieden in erster Linie als Abwesenheit unmittelbarer (militärischer) Gewalt betrachtete, Aspekte struktureller Gewalt hingegen vernachlässigte.¹⁹

Jenseits dieses Meinungsaustausches im FDP-Bundesfachausschuss, der eher interessierten Rückfragen als einer kontroversen Diskussion glich, ist eine tiefergehende Auseinandersetzung über die angemessene Haltung der FDP zur Strategie der Bundesregierung in der Polen-Krise auch in den Protokollen der Bundestagsfraktion nicht dokumentiert. Dies kann als Beleg für das gute Zusammenspiel zwischen dem Parteivorsitzenden und Fraktionschef Wolfgang Mischnick gewertet werden, der Genscher den Rücken frei hielt und eine wichtige Stabilisierungsfunktion im „System Genscher“ einnahm.²⁰ Gleichzeitig spiegelt sich darin die Dominanz des friedenspoliti-

16 Hans-Dietrich Genscher: Eine westliche Gesamtstrategie für Frieden, Freiheit, Fortschritt. In: Außenpolitik 33 (1982), S. 315-336, hier S. 330. Hervorhebung im Original.

17 Ergebnisprotokoll der 6. Tagung des Bundesfachausschusses für Außen-, Deutschland- und Europapolitik (BFA 1) der FDP vom 08.04.1981, Anhang IV: Referat von Wolfgang Schollwer: „Zustand und Zukunft der Ost-West-Beziehungen und die Möglichkeiten zur Weiterführung der Entspannungspolitik“, S. 7. In: ADL, A44-35.

18 Vgl. dazu auch Ergebnisprotokoll der 2. Tagung des F.D.P.-BFA 1 am 29./30.01.1982 in der THA Gummersbach, Anhang II: Perspektiven der Friedens- und Entspannungspolitik in Europa für Europa, Referat von Wolfgang Schollwer. In: ADL, A44-37.

19 Vgl. zu den Debatten der Friedensforschung u.a. Karlheinz Koppe: Zur Geschichte der Friedens- und Konfliktforschung im 20. Jahrhundert. In: Peter Imbusch/Ralf Zoll (Hrsg.): Friedens- und Konfliktforschung. 5. Aufl. Wiesbaden 2010, S. 17-66 und Elke Seefried: Zukünfte. Aufstieg und Krise der Zukunftsforschung. Berlin/Boston 2015, S. 324-348.

20 Vgl. Bresselau von Bressendorf: Frieden durch Kommunikation (wie Anm. 2), S. 49-51.

schen Diskurses in der FDP, der sich auch auf dem Bundesparteitag in Köln 1981 niederschlug. Das dort verabschiedete Leitpapier „Politik für Frieden und Sicherheit“ formulierte: „Es ist unbestreitbar: Angst geht um unter den Menschen, Angst um den Frieden, Angst um Polen, das im Herzen Europas liegt.“²¹ Die Mitglieder der FDP plädierten daher für die Fortsetzung des Ost-West-Dialogs und des KSZE-Prozesses und sprachen den Experten im Auswärtigen Amt und ihrem Außenminister angesichts der angespannten weltpolitischen Gesamtlage hier offensichtlich die größte Analyse- und Problemlösungskompetenz zu. In der Polen-Krise folgte die Partei somit der von Genscher vorgegebenen Linie nahezu vorbehaltlos.

II.

Unabhängig von den Entwicklungen in Polen begleiteten sicherheitspolitische Kontroversen die FDP bereits seit 1977, als mit den Debatten um die Neutronenwaffe deutliche Spannungen innerhalb der Partei zutage traten, die in der Auseinandersetzung um den NATO-Doppelbeschluss ihre Fortsetzung fanden.²² Im Folgenden soll es – dem Zuschnitt dieses Beitrags entsprechend – nicht um die militärtechnischen Details der Kontroversen um die Aufrüstung der sowjetischen atomaren Mittelstreckenarsenale und die westliche Nachrüstung gehen. Vielmehr wird die innerparteiliche Willensbildung der FDP in dieser außen- und sicherheitspolitischen Kardinalfrage analysiert, die ihr Selbstverständnis als Friedenspartei und Vorreiterin der Entspannungspolitik zur Diskussion stellte.

So hatte der außenpolitische Bundesfachausschuss der FDP unter Leitung William Borms im Oktober 1977 dafür plädiert, die Entscheidung über eine Einführung der Neutronenwaffe aufzuschieben.²³ Einen Monat später sprachen sich die Deutschen Jungdemokraten, die Nachwuchsorganisation der FDP, auf dem Kieler Parteitag gegen die Produktion und Stationierung der Neutronenwaffe aus, da dies „einen neuen Anreiz des atomaren Wettrüstens und eine Gefährdung der bisherigen und gegenwärtigen Abrüstungsverhandlungen“²⁴ bedeute. Zwar wurde dieser Antrag erwartungsgemäß abgelehnt,

21 Politik für Frieden und Sicherheit. In: Friedrich-Naumann-Stiftung (Hrsg.): Das Programm der Liberalen. Zehn Jahre Programmarbeit der FDP 1980-1990. Baden-Baden 1990, S. 89-96, hier S. 91.

22 Vgl. u.a. Tim Geiger: Die Regierung Schmidt-Genscher und der NATO-Doppelbeschluss. In: Gassert u.a. (Hrsg.): Zweiter Kalter Krieg (wie Anm. 5), S. 95-122.

23 Vgl. Ergebnisprotokoll der dritten Tagung des BFA 1 am 7./8.10.1977 in Bonn-Bad Godesberg. In: ADL, A44-32.

24 28. Ordentlicher Bundesparteitag der F.D.P. in Kiel vom 6.-8.11.1977, Antrag Nr. 40, Betr.: Neutronenwaffen, Antragsteller: Bundesvorstand der DJD. In: ADL, Bestand FDP 4070.

widersprach er doch fundamental der Haltung der FDP-Bundespartei.²⁵ Doch sprach sich insbesondere William Borm, der erst nach seinem Tod als langjähriger Informeller Mitarbeiter der DDR-Staatssicherheit enttarnt wurde,²⁶ weiterhin beharrlich gegen die Einführung der Neutronenwaffe und später gegen die Umsetzung des NATO-Doppelbeschlusses aus und ermutigte auch die Jungdemokraten dazu, weiter gegen den sicherheitspolitischen Kurs Genschers aufzubegehren. Eine Sondertagung des außenpolitischen Bundesfachausschusses am 26. April 1981 sorgte schließlich für Schlagzeilen. Erneut stellten die Jungdemokraten einen Antrag gegen die westliche Nachrüstung, der abgelehnt wurde. Allerdings verlief die ganze Diskussion derart kontrovers, dass Genscher nur durch seine offene Rücktrittsdrohung die Partei auf Linie bringen konnte.²⁷ Nach dem Koalitionswechsel 1982 zog man schließlich Konsequenzen: Die Partei trennte sich von den Jungdemokraten, an ihre Stelle traten die Jungen Liberalen (JuLis).²⁸

Die innerparteiliche Kritik an der Nachrüstungspolitik und an Genscher selbst verebbte dadurch allerdings nicht, im Gegenteil. Je länger sich die Rüstungskontrollverhandlungen hinzogen und je unwahrscheinlicher ein erfolgreicher Abschluss zu werden schien, umso heftiger stritt die Partei um den richtigen Kurs. Die Debatten, das zeigen die Quellen sehr deutlich, enthielten dabei verschiedene Diskursebenen. Zunächst ging es um die inhaltliche Dimension, also um militärstrategische Details und die grundlegende Frage, ob eine tatsächliche Implementierung des NATO-Doppelbeschlusses aus bündnispolitischen Gründen zwingend erforderlich sei oder ob damit nicht vielmehr das Erfolgsprojekt der sozial-liberalen Koalition, die Entspannungspolitik, endgültig beendet sein würde.

Auf dieser inhaltlichen Ebene argumentierte vor allem Genscher. Und so wiederholte er in der Fraktionssitzung vom 20. November 1983, also unmittelbar vor der Bundestagsabstimmung über die Stationierung der Mittelstreckenwaffen, noch einmal seine Position: „Die F.D.P. müsse nichts zurücknehmen, was sie entwickelt habe. Eine solche friedenspolitische Positiv-Bilanz wie die F.D.P. habe keine andere Partei in der Bundesrepublik Deutsch-

25 Vgl. Schreiben des Vorsitzenden des BFA 2, Jürgen Möllemann, an Bundesaußenminister Genscher vom 21.10.1977. In: PA-AA, B 1, MB (ZA), Bd. 178771.

26 Vgl. dazu Hubertus Knabe: Die unterwanderte Republik. Stasi im Westen. Berlin 1999, S. 67-70.

27 Vgl. Ergebnisprotokoll der Ersten außerordentlichen Tagung des F.D.P.-Bundesfachausschusses für Außen-, Deutschland- und Europapolitik (BFA 1) am 26.04.1981. In: ADL, A44-35. Vgl. dazu außerdem Joachim Scholtyseck: Die FDP in der Wende. In: Historisch-Politische Mitteilungen 19 (2012), S. 197-220, hier S. 201.

28 Vgl. Daniela Gniss: Freie Demokratische Partei. Mitgliedschaft und Sozialstruktur. In: Marie-Luise Recker/Klaus Tenfelde (Hrsg.): Handbuch zur Statistik der Parlamente und Parteien in den westlichen Besatzungszonen und in der Bundesrepublik Deutschland, Bd. III: FDP sowie kleinere bürgerliche und rechte Parteien. Mitgliedschaft und Sozialstruktur 1945-1990. Düsseldorf 2005, S. 37-89, hier S. 54 ff.

land oder in Europa aufzuweisen. Die F.D.P. stimmt nicht aus Bündnissolidarität für den Doppelbeschluss, sondern weil dieser eine durchgehend von Anfang an richtige Entscheidung zur Friedenssicherung sei.“²⁹ Er hielt konsequent an seiner Überzeugung fest, einerseits den Stationierungsbeschluss umzusetzen und andererseits die Gespräche mit Moskau, etwa im Rahmen des KSZE-Prozesses aufrechtzuerhalten – eine Haltung, die er in den vergangenen Jahren unzählige Male in diplomatischen Verhandlungen, vor dem Parlament und in den Medien vertreten hatte und die bei dem ein oder anderen Zeitgenossen den Eindruck einer kommunikativen Dauerschleife erzeugen mochte.

Den wachsenden Unmut innerhalb der FDP, der sich bereits in der Fraktionssitzung vom 25. Mai 1981 abgezeichnet hatte, ignorierte Genscher dabei geflissentlich. Damals hatte sich Mischnick im Vorfeld des bevorstehenden Bundesparteitags in Köln moderierend für einen toleranten Umgang auch mit denjenigen Parteimitgliedern ausgesprochen, die aus Sorge um den Frieden Vorbehalte gegen den Doppelbeschluss äußerten. Sie hätten eine faire, sachliche Auseinandersetzung verdient und dürften nicht einfach als „kommunistische Helfer abgestempelt werden“.³⁰ Genscher erklärte dazu lapidar und auffallend kompromisslos, er werde sich in seiner Parteitagsrede mit diesem Punkt nicht befassen. Für ihn sei umgekehrt auch der Vorwurf schmerzlich, diejenigen, die für den Doppelbeschluss eintreten, wollten in Wirklichkeit nicht verhandeln, sondern nur rüsten.³¹ Die Forderung an die Partei, seiner Haltung solidarisch zu folgen, untermauerte er mit dem Argument, derzeit hänge „die Regierungsfähigkeit und Handlungsfähigkeit der Bundesregierung von der Geschlossenheit der F.D.P. ab.“³²

Dieser machtpolitische Trumpf stach zwar letztlich und brachte die Partei sicherheitspolitisch auf Linie, längst aber war diese Kontroverse zu einer Selbstverständigungsdebatte der FDP um die Kultur innerparteilicher Willensbildung geworden – lange vor dem Bruch der sozial-liberalen Koalition. Das Fehlen einer solchen innerparteilichen Kommunikationskultur bemängelten allerdings nicht durch Zufall vor allem Parteimitglieder des linksliberalen Flügels, die nach der „Wende“ von 1982 der FDP den Rücken kehrten bzw. an Einfluss innerhalb der Partei verloren – beispielsweise William Borm, Günter Verheugen, Hildegard Hamm-Brücher oder Peter Menke-Glückert. Letzterer hatte bereits seit Ende der 1960er Jahre die Friedensfor-

29 Protokoll der Sitzung der FDP-Bundestagsfraktion vom 20.11.1983. In: ADL, A41-78, Bl. 23.

30 Protokoll der Sitzung der FDP-Bundestagsfraktion vom 25.05.1981. In: ADL, A41-67, Bl. 51.

31 Ebd.

32 Ebd., Bl. 52.

sung in der Bundesrepublik und international mit aufgebaut³³ und machte sich nun öffentlich, verbunden mit einem deutlichen Seitenhieb auf Genscher, für eine lebendige Diskussion innerhalb der Partei stark, die nicht zu einer reinen „Minister-Partei und Teil des Bonner politischen Aquariums“ verkommen dürfe.³⁴ In der parteinahen Zeitschrift *liberal* mahnte er: „Gebraucht wird eine F.D.P. alternativ. – Also gerade nicht eine F.D.P. als immerfort umtriebige, gutgeölte Funktionärstruppe, die abgeschliffene staatsmännische Weisheiten von sich gibt. Das können SPD und CDU allemal besser.“³⁵ Stattdessen müsse die FDP für klassisch-liberale Grundwerte wie das Recht auf freie Meinungsäußerung, vernunftorientierte Kommunikation und Toleranz gegenüber Andersdenkenden eintreten.³⁶ Der wiederholt geäußerte Vorwurf, abweichende Meinungen würden in der von Genscher geführten FDP nicht geduldet, wurde besonders harsch von William Borm formuliert: Unliebsame Beschlüsse des Bundesfachausschusses würden, „wo möglich, totgeschwiegen. Überhaupt: wo Freie Demokraten das Denken noch nicht lassen konnten, wurden deren Diskussionsbeiträge in der Regel zwar in der außerparteilichen Öffentlichkeit aufgenommen und kritisch geprüft, ihre Diskussion in der eigenen Partei war und ist weder erwünscht, noch gar wird sie gefördert. Geistige Auseinandersetzung in einer liberalen Partei wurde dem Parteivorsitzenden und Außenminister lästig.“³⁷

Auch wenn diese Form der Kritik am Führungsstil des Bundesvorsitzenden nicht immer in derart drastischen Worten zum Ausdruck gebracht wurde, so war doch unverkennbar, dass die Unzufriedenheit mit Genscher in der Partei wuchs. Wie sehr es sich dabei auch um eine zunehmende Diskursverschiebung von der sachpolitischen Ebene auf einen liberalen und demokratischen Selbstverständigungsprozess handelte, zeigte sich in besonderem Maße in der Auseinandersetzung der FDP mit der Friedensbewegung.

III.

Als mit den Kontroversen um die Nachrüstung, die eine bis dahin ungekannte innenpolitische Polarisierung nach sich zogen, Friedensbewegungen in der

33 Vgl. Seefried: Zukünfte (wie Anm. 19), S. 456 ff. sowie den in Vorbereitung befindlichen Beitrag von Elke Seefried: Frieden planen. Peter Menke-Glückert und die Entstehung der Friedensforschung in der Bundesrepublik Deutschland.

34 Peter Menke-Glückert: F.D.P. alternativ? In: *liberal* 24 (1982), S. 321-324, hier S. 322.

35 Ebd.

36 Vgl. auch Peter Menke-Glückert: Wie lebendig ist der Liberalismus? In: *liberal* 25 (1983), S. 243-249, bes. S. 248.

37 William Borm: Nur Taten zählen. Die Zukunft der Liberalen. In: Helga Schuchardt/Günter Verheugen (Hrsg.): *Das liberale Gewissen*. Reinbeck b. Hamburg 1982, S. 143-164, hier S. 152 f.

Bundesrepublik und anderen westlichen Staaten an Bedeutung gewannen,³⁸ stellte sich je länger umso nachdrücklicher auch für die Freien Demokraten die Frage, wie mit den politischen Forderungen und Formen außerparlamentarischer Opposition umgegangen werden sollte. Innerhalb der FDP standen sich diesbezüglich im Wesentlichen zwei Pole gegenüber: Auf der einen Seite diejenigen, die für einen konstruktiven und offenen Meinungsaustausch mit der Friedensbewegung eintraten. Auf der anderen Seite jene, die in der Protestbewegung Gefahren für die Umsetzung des als sicherheitspolitisch notwendig erachteten NATO-Doppelbeschlusses zu erkennen glaubten und kommunistische Unterwanderung befürchteten. In der Tat hat die Forschung inzwischen die Heterogenität der Friedensbewegung sowie ihre Unterstützung durch die staatssozialistischen Länder des Ostblocks belegt, deren konkreter Einfluss auf die westlichen Gruppen indes umstritten bleibt.³⁹ Die hier interessierende Frage zielt jedoch auf einen anderen Aspekt, nämlich das Demokratieverständnis der FDP und ihrer Mitglieder, das in ihrer Bewertung der Friedensbewegung und der Partei der GRÜNEN sichtbar wurde.

Bestes Beispiel für die Zerstrittenheit der FDP in dieser Frage war die Friedensdemonstration im Bonner Hofgarten am 10. Oktober 1981. Am Vortag fand eine Bundestagsdebatte über einen Antrag der CDU/CSU-Fraktion statt, die Veranstaltung als „gegen die Sicherheitsinteressen der Bundesrepublik“⁴⁰ gerichtet zu verurteilen. Auch Bundeskanzler Schmidt sprach sich klar gegen die Demonstration aus, zumal es im Vorfeld bereits heftige Auseinandersetzungen innerhalb der SPD gegeben hatte, da prominente Parteimitglieder wie Erhard Eppler bei der Kundgebung als Redner auftreten wollten.⁴¹ Wolfgang Mischnick erklärte in gewohnt gemäßigtem Tonfall, er habe nicht die Absicht, alle Demonstranten „in einen Topf zu werfen“,⁴² auch wenn jedermann wisse, dass dort auch „einige tausend Kommunisten, Extremisten und Chaoten ihr Spiel treiben werden, vielleicht sogar ein böses, womöglich gewalttätiges Spiel.“⁴³ Zwar halte er die Kundgebung insofern für überflüssig, als alle Bundestagsabgeordneten und die gesamte deutsche Be-

38 Vgl. Gassert u. a. (Hrsg.): Zweiter Kalter Krieg (wie Anm. 5) und Becker-Schaum u. a. (Hrsg.): „Entrüstet Euch!“ (wie Anm. 5).

39 Vgl. u. a. Michael Ploetz/Hans-Peter Müller: Ferngelenkte Friedensbewegung? DDR und UdSSR im Kampf gegen den NATO-Doppelbeschluss. Münster 2004 und Helge Heidemeyer: NATO-Doppelbeschluss, westdeutsche Friedensbewegung und der Einfluss der DDR. In: Gassert u. a. (Hrsg.): Zweiter Kalter Krieg (wie Anm. 5), S. 247-267.

40 Friedrich Zimmermann (CDU/CSU). In: Plenarprotokoll des Deutschen Bundestages 9/57 vom 09.10.1981, S. 3312 B.

41 Vgl. Friedhelm Boll/Jan Hansen: Doppelbeschluss und Nachrüstung als innerparteiliches Problem der SPD. In: Gassert u. a. (Hrsg.): Zweiter Kalter Krieg (wie Anm. 5), S. 203-228, bes. S. 216 f.

42 Wolfgang Mischnick (FDP). In: Plenarprotokoll des Deutschen Bundestages 9/57 vom 09.10.1981, S. 3322 C.

43 Ebd., S. 3323 B.

völkerung Frieden wollten, nicht nur diejenigen, die dafür auf die Straße gingen. Gleichwohl weigere er sich, all jene mit einem „Bannfluch“ zu belegen, die glaubten, einen anderen Weg zur Friedenssicherung gehen zu müssen. Denn „gerade weil wir selbst von der Richtigkeit unserer Politik überzeugt sind, haben wir es doch gar nicht nötig, Andersdenkende wie Feinde zu behandeln.“⁴⁴

Auch Menke-Glückert warnte davor, die Friedensbewegung zu dämonisieren und rief die Partei stattdessen dazu auf, die eigene Scheu abzulegen und das Gespräch mit den Menschen auf der Straße zu suchen. „Die Demonstranten am 10. Oktober 1981 in Bonn haben für Verfassungsziele demonstriert. Sie standen nicht außerhalb des Staates und seines im Grundgesetz niedergelegten Pflichtenkreises, sondern in seinem Zentrum. [...] Bonn war am 10. Oktober 1981 halb Festival und Happening, halb Festung. Die verstreuten kommunistischen fellow-travelers in der Friedensbewegung gingen in der sehr heiteren und solidarischen Grundstimmung der Zweihundertfünzigtausend unter.“⁴⁵ Die Demonstrationen für den Frieden, so Menke-Glückert weiter, erinnerten ebenfalls an die „Chance, die die Friedensidee trotz aller Rückschläge in der Welt immer noch hat. Hier sind die Liberalen gefordert!“⁴⁶

Dieser Linie folgte auch Günter Verheugen:

„Wenn über das Verhältnis zwischen Parteien und Friedensbewegung nachgedacht wird, dann fällt früher oder später das Wort Dialog. Dialogbereitschaft zu erklären gehört inzwischen zum Standard-Repertoire jedes Politikers angesichts der Forderungen und Verhaltensweisen, die seinen Horizont überschreiten. Der inflationäre Gebrauch dieses Wortes wird bald dazu führen, dass die Angesprochenen hinter diesem Dialogangebot nur noch einen PR-trächtigen Trick vermuten können. Wer Dialog anbietet, sollte sich zuvor vergewissern, ob er selbst und seine Politik für dialogfähig gehalten wird. Das ist ganz und gar nicht selbstverständlich, wenn auch sogenannte Spitzenpolitiker sich kaum vorstellen können, dass es Menschen gibt, die keinen Wert darauf legen, mit ihnen zu reden. Zur Dialogbereitschaft gehört, dass beide Partner bereit sind, etwas voneinander anzunehmen. [...] Auch so wird der Dialog nicht gelingen, wenn man dem Partner zunächst beschneit, er habe das alles nicht richtig verstanden, was zur Diskussion steht.“⁴⁷

Diese Kritik richtete sich ganz klar gegen Genscher, der sich selbst ja stets als wandelnder Kommunikator inszenierte, allerdings – und das ist ein ent-

44 Ebd.

45 Peter Menke-Glückert: Frieden als Verfassungsauftrag. In: liberal 23 (1981), S. 814-822, hier S. 816.

46 Ebd., S. 822.

47 Günter Verheugen: Kontinuität allein genügt nicht. Gedanken zur Außen- und Sicherheitspolitik. In: Schuchardt/ders. (Hrsg.): Das liberale Gewissen (wie Anm. 37), S. 118-134, hier S. 129 f.

scheidender Punkt – als Kommunikator auf weltpolitischer Bühne, nicht aber innerhalb der eigenen Partei oder gar gegenüber dem erbosten Bürger auf der Straße. Hier vertrat Genscher, wie Verheugen zu Recht angemahnt hatte, die Auffassung, man müsse dem Wähler die eigene, als richtig begriffene Politik nur so lange erklären, bis er sie verstanden habe.⁴⁸ So ausgeprägt sein Geschick auf diplomatischer Ebene war, unabhängig von ideologischen Disparitäten durch Gespräche auf Augenhöhe auch mit Regierungsvertretern diktatorischer Regime eine Annäherung in der Sache zu erzielen, so wenig Interesse hatte Genscher an einem echten sicherheitspolitischen Austausch mit Vertretern der außerparlamentarischen Protestbewegung. Eine Zusammenarbeit mit der Friedensbewegung – was auch immer man darunter im Detail verstehen mochte – kam für Genscher nicht in Frage, wie auch Martin Bangemann gegenüber dem *Spiegel* am 1. November 1982 erklärte: „Genschers Politik ist Friedenspolitik, da brauchen wir uns nicht vor der Friedensbewegung verbeugen.“⁴⁹ Angesichts der Ankündigung von Eppler und Borm, bei der Bonner Kundgebung als Redner aufzutreten, habe Genscher, so ein nicht namentlich genannter Teilnehmer des FDP-Präsidiums gegenüber dem *Spiegel*, die beiden erbost zu „geistigen Vätern der Krawalle“ erhoben.⁵⁰ Darin spiegelt sich erneut ein klassisches Verständnis von Frieden, das demjenigen von Vertretern der kritischen Friedensforschung wie Peter Menke-Glückert distanziert gegenüber stand, die in der Verbindung von gesellschaftlicher Protestkultur und Friedensbewegung ein „aktivistisches Momentum“ erkannten, „das sich auf die Gestaltung der Zukunft – hin zum Frieden – richtete“.⁵¹

Gegen den als Bevormundung empfundenen politischen Gestaltungsanspruch der etablierten Parteien richtete sich auch die Kritik der grünen und alternativen Bewegung.⁵² Negativmetaphern von der „Staatsmaschine“ sowie den Parteien und Verwaltungen als seelenlose[n] „Apparate[n]“ wurden zu gängigen Topoi.⁵³ Angesichts existenzieller Herausforderungen für die Menschheit wie Friedenssicherung, Abrüstung und Umweltschutz im nuklearen Zeitalter schienen die Instrumente der repräsentativen Demokratie nicht mehr auszureichen, war eine Entscheidung in Überlebensfragen durch die Parlamente nicht mehr gerechtfertigt. Stattdessen forderten die GRÜNEN die Begrenzung von staatlicher Macht und Parteienherrschaft zugunsten basisdemokratischer Elemente.

48 Vgl. dazu auch Protokoll der Sitzung der FDP-Bundestagsfraktion vom 20.11.1983. In: ADL, A41-78.

49 FDP. Offene Gräben. In: Der Spiegel Nr. 44 vom 01.11.1982, S. 25-29, hier S. 29.

50 „Das wird die Landschaft erleuchten“. In: Der Spiegel Nr. 39 vom 21.09.1981, S. 20.

51 Seefried: Zukünfte (wie Anm. 19), S. 129.

52 Vgl. zum Folgenden Silke Mende: „Nicht rechts, nicht links, sondern vorn“. Eine Geschichte der Gründungsgrünen. München 2011, S. 352-362.

53 Vgl. ebd., S. 360.

Umgekehrt erkannten weite Teile der FDP in der Friedensbewegung nicht in erster Linie einen Ausdruck lebendiger Zivilgesellschaft, sondern eine Gefahr für das Funktionieren der demokratischen Rechtsordnung, wie das Protokoll der Fraktionssitzung vom 20. November 1983 eindrücklich belegt. Nach längerer Diskussion hielt das Protokoll resümierend fest: In außerparlamentarischen Aktionen und Initiativen der Friedensbewegung wie Mahnwachen, Telefon- und Briefaktionen seien Merkmale „psychologischen Terrors“ mit „dramaturgische[n] Elementen“ erkennbar, die „an das Vorgehen der Nationalsozialisten erinnerten“.⁵⁴ Statt sich von neutralistischen Tendenzen und „nationale[n] Träume[n] [...] verführen [zu] lassen“⁵⁵, müsse es das Ziel der Auseinandersetzung sein, die – in der Eigenwahrnehmung – sachlich richtige Politik der Bundesregierung hinreichend zu erklären.⁵⁶ Schließlich habe die FDP, so Genscher, als einzige Partei der Bundesrepublik von Beginn an die auch im Doppelbeschluss zum Ausdruck kommende Gleichgewichtigkeit von Entspannungspolitik und Verteidigungsfähigkeit vertreten. CDU und CSU, die erstere anfangs abgelehnt hatten, seien erst von der FDP „dorthin geführt“ worden,⁵⁷ die SPD wiederum habe die Linie der Verteidigungspolitik verlassen und „sei auf dem Weg zurück nach Weimar“.⁵⁸ Basisdemokratische Vorschläge der GRÜNEN, eine konsultative Volksbefragung zum NATO-Doppelbeschluss durchzuführen, lehnte die FDP-Spitze selbstredend ab. Denn, so der rheinland-pfälzische Abgeordnete Helmut Schäfer in der Bundestagsdebatte vom 22. November 1983: „Wir sind eine repräsentative Demokratie. Wir machen nicht Volksabstimmungen gerade nach Wunsch und Willen der verschiedensten Leute.“⁵⁹

Aus dieser top-down Perspektive, der ein repräsentatives Politikverständnis zugrunde lag, war die FDP zuallererst eine staatstragende Regierungspartei, nicht Ansprechpartner einer diffusen außerparlamentarischen Opposition, sondern Garant einer außenpolitisch handlungsfähigen Regierung. Der Verweis auf den Nationalsozialismus und die Weimarer Republik als Negativfolie zum Narrativ einer demokratischen Erfolgsgeschichte der Bundesrepublik war allerdings kein Spezifikum der FDP. So hatte beispielsweise CDU-Generalsekretär Heiner Geißler dem Grünen-Politiker Joschka Fischer im Juni 1983 vorgeworfen, einen gesinnungsethischen Pazifismus zu vertre-

54 Protokoll der Sitzung der FDP-Bundestagsfraktion vom 20.11.1983. In: ADL, A41-78, Bl. 24VS.

55 Ebd., Bl. 23RS.

56 Vgl. dazu auch Andreas Rödder: Bündnissolidarität und Rüstungskontrollpolitik. Die Regierung Kohl-Genscher, der NATO-Doppelbeschluss und die Innenseite der Außenpolitik. In: Gassert u. a. (Hrsg.), Zweiter Kalter Krieg (wie Anm. 5), S. 123-136, hier S. 134.

57 Protokoll der Sitzung der FDP-Bundestagsfraktion vom 20.11.1983. In: ADL, A41-78, Bl. 21RS.

58 Ebd., Bl. 23VS.

59 Plenarprotokoll des Deutschen Bundestages 10/36 vom 22.11.1983, S. 2486 C.

ten, der demjenigen der 1930er Jahre gleiche und „Auschwitz erst möglich gemacht“ habe.⁶⁰ Diese Replik auf ein Spiegel-Interview Fischers wenige Tage zuvor, in dem letzterer es als „moralisch erschreckend“ bezeichnet hatte, dass „in der Systemlogik der Moderne auch nach Auschwitz noch nicht tabu ist, weiter Massenvernichtungswaffen vorzubereiten“, ⁶¹ steht exemplarisch für die Omnipräsenz des Schlagworts vom „nuklearen Holocaust“. ⁶² Die damit einhergehenden Vergleiche mit der Shoah zeigen, dass es sich bei der Nachrüstungskontroverse nicht nur um eine sicherheitspolitische Debatte, sondern auch um einen Selbstverständigungsdiskurs über die politische und demokratische Kultur der Bundesrepublik handelte. ⁶³ Dieser war eingebettet in eine seit Mitte der 1970er Jahre unter dem Begriff der „Unregierbarkeit“ geführten Debatte in Politikwissenschaft und politischer Publizistik über die Funktionsfähigkeit und Legitimationskrisen liberal-demokratischer Systeme. ⁶⁴

Trotz der überwiegend kritischen Haltung der FDP gegenüber der Friedensbewegung zeigt ein Blick in deren auf dem Freiburger Bundesparteitag Ende Januar 1983 verabschiedete Wahlaussage zur Bundestagswahl, dass in der Partei durchaus die Erkenntnis gewachsen war, dass die Friedensbewegung nicht länger ignoriert werden könne. Und so heißt es dort: „Weil Liberale jedes ernsthafte Engagement für den Frieden unterstützen, treten wir – auch wenn es unterschiedliche Ziele und Bewertungen in Einzelfragen gibt – für die Zusammenarbeit mit der Friedensbewegung ein. Die aktive Arbeit für den Frieden darf nicht diffamiert werden. Wir treten für eine offene und öffentliche Diskussion über alle Fragen unserer Sicherheit und unserer Verteidigung ein.“ ⁶⁵ Diese Positionierung war jedoch vor allem machtpolitischen Erwägungen geschuldet, schließlich stand die seit ihrer koalitionspolitischen Wende im Herbst 1982 beträchtlich dezimierte FDP vor ernsthaften Exis-

60 Plenarprotokoll des Deutschen Bundestages 10/13 vom 15.06.1983, S. 755 D.

61 „Wir sind ein schöner Unkrautgarten“. Spiegel-Gespräch mit Joschka Fischer und Otto Schily. In: Der Spiegel Nr. 24 vom 13.06.1983, S. 23-27, hier S. 26.

62 Richard Buchner: Nachverhandeln statt Nachrüsten oder: In 8 Minuten zum nuklearen Holocaust? Entwurf für ein Sozialdemokratisches Friedensmanifest, undatiert, Archiv der sozialen Demokratie, Bonn (AdSD) Bestand SPD-PV, Internationale Abteilung, 10928, zit. nach Jan Hansen: Abschied vom Kalten Krieg? Die Sozialdemokraten und der Nachrüstungsstreit (1977-1987). Berlin/Boston 2016, S. 33.

63 Vgl. Philipp Gassert: Viel Lärm um Nichts? Der NATO-Doppelbeschluss als Katalysator gesellschaftlicher Selbstverständigung in der Bundesrepublik. In: Ders. u. a. (Hrsg.): Zweiter Kalter Krieg (wie Anm. 5), S. 175-202 und Mende, „Nicht rechts, nicht links, sondern vorn“ (wie Anm. 52), S. 379 f.

64 Vgl. Gabriele Metzler: Staatsversagen und Unregierbarkeit in den siebziger Jahren? In: Konrad Jarausch (Hrsg.): Das Ende der Zuversicht. Die siebziger Jahre als Geschichte. Göttingen 2008, S. 243-260 und Mende: „Nicht rechts, nicht links, sondern vorn“ (wie Anm. 52), S. 356.

65 Wahlaussage zur Bundestagswahl 1983. In: Friedrich-Naumann-Stiftung (Hrsg.): Das Programm der Liberalen (wie Anm. 21), S. 200.

tenzsorgen. Mit dem Einzug der GRÜNEN in den Bundestag erhielt sie eine dauerhafte Konkurrenz, die das bundesdeutsche Parteiengefüge nachhaltig veränderte.

IV.

Im „Zweiten Kalten Krieg“ zwischen 1979 und 1983 wurde das Selbstverständnis der FDP als Partei des Friedens und Taktgeberin liberaler Außenpolitik einer mehrfachen Belastungsprobe unterzogen. In der Polen-Krise stellte sich die Frage, wie die Entspannungspolitik und damit das Prestigeprojekt der sozial-liberalen Koalition seit 1969 einerseits zu erhalten war und andererseits die von der Solidarność geforderten Demokratisierungsprozesse unterstützt werden konnten. Insgesamt folgte die Partei hier dem Kurs der Deeskalation durch Kommunikation bei gleichzeitiger ökonomischer Unterstützung Warschaus – selbst zu dem Preis, dadurch den Vorwurf einer Kollaboration mit dem Jaruzelski-Regime auf sich zu ziehen. Dazu beigetragen haben mag die Überzeugung, dass eine forcierte Unterstützung der polnischen Opposition den Einmarsch sowjetischer Truppen provozieren könnte, was der Entspannungspolitik ihr endgültiges und gewaltsames Ende beschert hätte. Angesichts des geringen Handlungsspielraums der Bundesregierung folgte die FDP ihrem Vorsitzenden und Außenminister Genscher, dessen Kompetenz auf diplomatischer Bühne unbestritten war.

Anders stellte sich die Situation in der zeitgleich stattfindenden Nachrüstungskontroverse dar. Auch hier drohte die entspannungs- und friedenspolitische Bilanz der FDP durch die Stationierung nuklearer Mittelstreckenraketen auf deutschem Boden zur Makulatur zu werden. Neben den über Parteigrenzen hinweg kontrovers ausgetragenen Debatten um den richtigen sicherheitspolitischen Kurs Bonns, der den bündnispolitischen Verpflichtungen der Bundesregierung ebenso Rechnung trug wie deren entspannungspolitischen Credo, stritt die FDP je länger umso mehr auch über Formen innerparteilicher Willensbildung. Der hierarchische Führungsstil Genschers, der von den Parteimitgliedern Solidarität gegenüber dem einmal eingeschlagenen außenpolitischen Kurs forderte, stieß auf wachsende Kritik des linksliberalen Flügels.

Diese innerparteiliche Auseinandersetzung spitzte sich in der Debatte um den richtigen Umgang mit der Friedensbewegung und den GRÜNEN weiter zu, die der FDP nicht nur ihren friedenspolitischen Monopolanspruch, sondern auch ihre im parlamentarischen System der Bundesrepublik einzigartige Stellung als „Kanzlermacher“ der jeweiligen Koalitionsregierung streitig zu machen drohte. Auch hier waren es vor allem Vertreter des linksliberalen Flügels, die sich für Toleranz, Meinungsfreiheit und einen offenen Aus-

tausch mit den Vertretern der Friedensbewegung stark machten. Einen Dialog auf Augenhöhe, wie ihn Genscher auf diplomatischer Ebene so erfolgreich praktizierte, lehnte er gegenüber außerparlamentarischen Protestbewegungen kategorisch ab und bekannte sich damit zu den von den Liberalen seit dem 19. Jahrhundert vertretenen Prinzipien des Parlamentarismus und der Repräsentativität. Somit spiegelte sich darin auch die Auseinandersetzung zwischen Vertretern eines repräsentativen Politikverständnisses und Befürwortern basisdemokratischer Prozesse, die sich in die zeitgenössische Debatte um die Krise der bundesdeutschen Demokratie einfügte. Innerhalb der FDP verloren die Denkanstöße der Neuen Sozialen Bewegungen, die zum Entstehen der sozial-liberal geprägten Freiburger Thesen von 1971 beigetragen hatten, in den 1980er Jahren an Resonanzboden. Dieser hier nur skizzenhaft dargelegte Selbstverständigungsdiskurs der FDP, ihr Verhältnis zur Friedensbewegung und der Partei DIE GRÜNEN bietet großes Potenzial für die weitere Erforschung der Geschichte des bundesdeutschen Liberalismus seit den 1980er Jahren.